

Liebe Oberurselerinnen und Oberurseler,

seit 2011 ist DIE LINKE die soziale Kraft in der Stadtverordnetenversammlung.

In der Wahlzeit 2016 bis 2021 bildete sie mit Ursula Klier und Ingmar Schlegel die kleinste Fraktion. Obwohl viele unserer Anträge keine Mehrheit erhielten, konnten wir auch Erfolge erzielen. Wir haben das **Verbot von Glyphosat** auf städtischen Flächen durchgebracht, wir haben für **günstigen Wohnraum** gestritten, **niedrigere KITA-Gebühren** gefordert und für **Preissenkungen bei Bus und Bahn** gekämpft. Teilweise standen wir alleine da, teilweise konnten wir mit anderen demokratischen Fraktionen gemeinsame Anträge stellen.

Für uns sind **Fahrpreissenkungen** wichtige Schritte hin zum **Nulltarif**.

Wir forderten immer wieder einen **kostenlosen Stadtbus zum Brunnenfest** und anderen Veranstaltungen, allgemeine Fahrpreisermäßigungen für Inhaber*innen des Oberursel-Passes und weitere Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr. Aber nur die von uns angeregte Unterstützung der **Bewerbung des RMV als Modellregion für 365 Euro-Jahrestickets** fand eine breite Mehrheit.

Gebührenfreiheit ist auch unser Ziel **in der Kinderbetreuung**. Für uns ist kindliche Bildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. DIE LINKE steht deshalb für eine grundsätzliche **Beitragsfreiheit für alle Formen der Kinderbetreuung in Krippe, Kita, Hort und Schule**, finanziert aus allgemeinen Steuern ermitteln. Hierfür ist das Land Hessen zuständig. Auf städtischer Ebene können wir uns diesem Ziel nur schrittweise nähern. Deshalb wollen wir zunächst die Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen entlasten. Im Gegensatz zu den anderen Fraktionen haben wir bereits seit 2011 jede Gebührenerhöhung abgelehnt und dies nicht nur im Wahlkampf versprochen.

Wohnraum muss bezahlbar sein, deshalb beantragte DIE LINKE bereits in 2014 eine Quote für sozialen Wohnraum und ein Konzept für günstigen Wohnraum in Oberursel. Im folgenden Jahr präsentierte der Bürgermeister selbst ein Bauprogramm mit einer Quote für bezahlbaren Wohnraum, womit allerdings Mietpreise von neun bis zehn Euro pro Quadratmeter gemeint waren. Doch um bedarfsgerechten Wohnungsbau betreiben zu können, bedarf es **öffentlicher und genossenschaftlicher Wohnbaugesellschaften**, denen es nicht um Profitmaximierung geht. Der Ausverkauf von städtischer Fläche und der Verkauf von Sportplätzen für eine Mietpreisbindung von 15 bis 30 Jahren ist keine Lösung für die Zukunft. DIE LINKE möchte städtische Grundstücke in öffentlichem Eigentum behalten, damit Oberursel in Zukunft eigenständig und handlungsfähig ist.

Stärken Sie die soziale Kraft in Oberursel, stimmen Sie am 14. März oder per Briefwahl für DIE LINKE.

Herzlichen Dank, Ihre Stadtverordneten

Ursula Klier und *Ingmar Schlegel*